



Zukunftschancen nutzen.
Modellregion Oberlausitz-Niederschlesien.

Modellvorhaben der Raumordnung und Landesentwicklung in Sachsen

**Optimierung der Infrastrukturangebote und
Aufwertung der Lebensbedingungen in Regionen mit
besonders starkem Bevölkerungsrückgang**

Modellregion Oberlausitz-Niederschlesien

Kurzfassung: Zentrale Ergebnisse

Stand 18.04.2007

Bearbeitung: Ulrich Pfeiffer (empirica)
Julia Kemper (empirica)
Stefan Geiss (empirica)
Dr. Hardo Kendschek (komet-empirica)

komet-empirica

Regionalentwicklung – Stadtent-
wicklung – Immobilienforschung

Schreiberstraße 1
04109 Leipzig

Tel. (0341) 960 08-20
Fax (0341) 960 08-30
leipzig@komet-empirica.de

empirica

Forschung und Beratung

Kurfürstendamm 234
10719 Berlin

Tel. (030) 88 47 95-0
Fax (030) 88 47 95-17
www.empirica-institut.de
berlin@empirica-institut.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
1. Herausforderungen in der Region Oberlausitz-Niederschlesien	3
2. Identifikation unterschiedlicher Raumpotentialtypen	4
3. Leitbildentwicklung	5
3.1 Übergeordnete Leitvorstellungen zur Raumentwicklung in der Region	6
3.2 Thematische und räumliche Handlungserfordernisse	8
3.2.1 Soziale Infrastruktur	8
3.2.2 Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung	14
3.2.3 Technische Infrastruktur	16
3.2.4 Verkehr und Erreichbarkeit	17
3.2.5 Wirtschaft	18
4. Ausblick: Zentrale Fragen für den weiteren Umbauprozess in der Region	19
4.1 Thematische und räumliche Schwerpunkte als zukünftige Handlungserfordernisse identifizieren	19
4.2 Innovative Schlüsselprojekte für die Region Oberlausitz-Niederschlesien	21
4.2.1 Nachbarschaftsschule	21
4.2.2 Neue Angebote zur Sicherung der Pflege- und Unterstützung älterer Menschen in der Region	22
4.2.3 Angemessene Angebote für Kinder und Jugendliche	23
4.2.4 Förderung der Wohneigentumsbildung von Selbstnutzern im Bestand	25
4.3 Organisation des Kommunikations- und Veränderungsprozesses	25
4.3.1 Allgemeine Anforderungen an den zukünftigen Kommunikations- und Veränderungsprozess	25
4.3.2 Veränderungen auf der Landesebene	26
4.3.3 Veränderungen auf der regionalen Ebene	26
4.3.4 Veränderung auf der lokalen Ebene - Aktivierung und lokale Lenkungsgruppen	28

Vorwort

Bevölkerungsrückgang und Alterung stellen die Region Oberlausitz-Niederschlesien in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen vor neue Herausforderungen. In dem in Projektpartnerschaft mit dem Oberzentralen Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda durchgeführten Modellvorhaben der Raumordnung und Landesplanung des Sächsischen Staatsministerium des Innern wurde der Frage nachgegangen, welche Chancen zur Gestaltung des demographischen Wandels in der Region bestehen und wo Anknüpfungspunkte liegen.

Aufgrund der vielfältigen Bereiche und der unterschiedlichen Gruppen, die vom demographischen Wandel betroffen sind, hat das Modellvorhaben mehrere Aufgaben zu erfüllen.

- Eine **kritische Analyse der aktuellen Lage** ist unerlässlich, um die bisherigen Anstrengungen angemessen überprüfen zu können. Es wurden daher die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Handlungsfelder Soziale Infrastruktur, Wohnungsmarkt, Technische Infrastruktur, Verkehr und Wirtschaftsentwicklung in der Region Oberlausitz-Niederschlesien untersucht, um die Dimensionen der bereits eingetretenen und zukünftig noch erfolgenden Veränderungen sichtbar zu machen.
- Neben der Betrachtung der sektoralen **Auswirkungen** des demographischen Wandels wurde aufbauend auf einer statistischen Analyse untersucht, wie sich der Wandel **auf die verschiedenen Teilräume** in der Region auswirkt und mit welcher **übergeordneten Strategie** die anstehenden Veränderungen in der Region bewältigt werden können.
- Konkretisiert werden diese übergeordneten Leitvorstellungen in den **thematischen und räumlichen Handlungserfordernissen**
- Neben der thematischen Arbeit in einzelnen Handlungsfeldern steht auch die **Sensibilisierung der Akteure und Akteursnetzwerke** im Mittelpunkt des Modellvorhabens. Die neuen Aufgaben erfordern eine neue Kultur der Zusammenarbeit und Kommunikation der Verantwortlichen. Unsicherheiten, persönliche Betroffenheit und die Komplexität der anstehenden Aufgaben können ohne begleitende Kommunikationsstrategie nicht bewältigt werden.
- Außerdem wurde im bisherigen Verlauf des Modellvorhabens eine umfangreiche Projektbibliothek mit nachahmenswerten Projekten aufgebaut (vgl. www.zukunft-oberlausitz-niederschlesien.de).

In das Modellvorhaben waren und sind viele Partner eingebunden. Im gegenseitigen Dialog sollen die gemeinsamen Probleme in der Region angegangen werden. Dies geschah u.a. in den gebildeten Arbeitskreisen „Städte“, „Ländlicher Raum“ und „Strategie“ sowie in den thematischen Fokusgruppen „familienfreundliche Kommune“ und „seniorengerechte Stadt“.

Nach nunmehr zweieinhalbjähriger Laufzeit des Modellvorhabens ist ein wichtiger Meilenstein erreicht. Erste Projekte, wie die Aktivitäten in Hoyerswerda zur seniorenfreundlichen Stadt, sind bereits angelaufen und der vorliegende Bericht bildet die Basis für weitere Entscheidungen (vgl. Kapitel V. Handlungsempfehlungen und Ausblick). Die Diskussionen in der Region und die Einbindung weiterer Akteure in den anstehenden Veränderungsprozessen wird weiter gehen müssen. Die Ergebniskonferenz am 25. April 2007 bildet demnach gleichzeitig den Auftakt für weitere Aktivitäten in der Region.

1. Herausforderungen in der Region Oberlausitz-Niederschlesien

Die Region Oberlausitz-Niederschlesien hat in den letzten 15 Jahren massiv an Bevölkerung verloren. Seit 1990 sank bis 2004 die Bevölkerung um 20 Prozent von gut 750.000 auf 650.000 Einwohner. Bis 2020 wird ein weiterer Bevölkerungsrückgang um etwa 18 Prozent prognostiziert. In der Region werden dann voraussichtlich noch 540.000 Menschen leben.

Die Bevölkerungsentwicklung verläuft in den Teilräumen der Region unterschiedlich. Während sich die prosperierenden Gemeinden im Umland von Dresden noch bis 2015 im Hinblick auf die Bevölkerungszahl positiv entwickeln, verliert der Nordosten seit Jahren massiv an Einwohnern (z.B. Stadt Hoyerswerda -32 %, Niederschlesischer Oberlausitzkreis -12 %).

Auch die Bevölkerungsdichte ist in der Region sehr unterschiedlich. Sie liegt in den Landkreisen zwischen 212 Einwohnern pro km² im Landkreis Löbau-Zittau und 75 Einwohnern pro km² im Niederschlesischen Oberlausitzkreis. Einzelne Gemeinden haben deutlich geringere Bevölkerungsdichten, wie beispielsweise die Gemeinden Spreetal, Boxberg, Uhyst oder Klitten.

Der Bevölkerungsrückgang hat seine Ursache in zwei Entwicklungen: die Geburten sind seit 1990 drastisch zurückgegangen und viele Menschen haben die Region verlassen. Problematisch ist, dass diese Abwanderung selektiv ist. Insbesondere junge, gut ausgebildete Menschen, darunter überproportional viele Frauen, haben die Region verlassen. Zurück bleiben oftmals schlechter qualifizierte und sozial schwächere Bevölkerungsgruppen sowie die älteren Generationen. Die Region erleidet einen ständigen „Brain Drain“ mit negativen Folgen für die Innovations- und Leistungsfähigkeit.

Ein zentraler Wegzugsgrund aus der Region ist die aufgrund der strukturellen Umbrüche seit der Wiedervereinigung angespannte Arbeitsmarktsituation. Mit einer Arbeitslosenquote von 19,7 % (Stand 02/2007) nimmt die Region Oberlausitz-Niederschlesien im bundesweiten Vergleich einen Spitzenplatz ein. Sollte es nicht gelingen, den in der Region lebenden Menschen eine gesicherte Zukunftsperspektive zu bieten, wird die Abwanderung weiter anhalten. Es sind neue wirtschaftliche Perspektiven außerhalb des öffentlichen Sektors aufzuzeichnen, um denjenigen, die in der Region bleiben wollen, dies zu ermöglichen.

Neben der Förderung der wirtschaftlichen Basis der Region sind weitere Anpassungen notwendig, um den anhaltenden Abwanderungstrend aufzuhalten. Der bisherige Bevölkerungsrückgang führt bereits zu Kapazitätsproblemen der Infrastruktureinrichtungen und der Zugang zu wichtigen Versorgungseinrichtungen droht nicht mehr für alle Bevölkerungsgruppen langfristig gesichert zu sein. Zahlreiche Schulen sind bereits geschlossen worden und die Schüler mussten an andere Schulstandorte ausweichen, der Supermarkt im Ort leidet unter Kundenmangel und die zentralen Versorgungsfunktionen wie Post, Bank und Ärzte konzentrieren sich an wenigen Orten, die insbesondere von älteren Bewohnern

nur schwer erreicht werden. In ganz verschiedenen Infrastrukturbereichen führt der Bevölkerungsrückgang zu einer Unterschreitung der notwendigen Tragfähigkeitsgrenzen der Einrichtungen.

Zugleich wächst durch die selektive Abwanderung der Anteil der älteren Bewohner überproportional an. Der Bedarf nach Unterstützungsleistungen und wohnortnaher öffentlicher Infrastruktur steigt. Zwar werden viele dieser Unterstützungsleistungen durch familiäre oder informelle Netzwerke in der Nachbarschaft erbracht, jedoch zeigen sich auch hier erste Auflösungstendenzen. Oftmals haben Familienmitglieder der jüngeren Generation die Region verlassen oder die beruflichen Belastungen (Arbeitszeiten, Stress, Anfahrtszeiten) sind soweit angestiegen, dass die Stabilität und Leistungsfähigkeit der familiären Netzwerke gefährdet ist.

Insgesamt wird der notwendige Aktionsradius der Menschen in der Region immer größer. Einkaufen, Arbeiten oder der Besuch von kulturellen Einrichtungen erfordert in weiten Teilen der Region einen erhöhten Mobilitätsaufwand. Ohne eigenen PKW ist die Mobilität und somit der Zugang zu diversen Funktionen eingeschränkt.

Die negativen Folgen des Bevölkerungsrückgangs drohen die Lebensqualität in der Region herabzusetzen. Es sind daher neue Organisations- und Angebotsformen zu finden, um die Daseinsvorsorge in der Region für alle Bevölkerungsgruppen zu erhalten. Ziel des Modellvorhabens ist es daher, unter den Schrumpfungsbedingungen eine angemessene Politik für alle Landesteile zu finden. Die sächsische Staatsregierung will im Rahmen dieses Modellvorhabens nach neuen Wegen und kreativen Lösungen suchen, wie trotz rückläufiger Bevölkerungszahl die Lebensqualität in der Region erhalten bzw. ausgebaut werden kann. Es gilt, neue innovative Formen der Daseinsvorsorge zu entwickeln, um auch bei geringerer Bevölkerungszahl die Lebensqualität in der Region zu sichern und auszubauen. Gleichzeitig wird versucht, die wirtschaftliche Basis der Region zu stärken, um eine langfristige Stabilität in der Region zu erreichen.

Entsprechend dieser Entwicklungen sind bis 2020 und auch danach räumlich differenzierte Anpassungen in der Infrastrukturausstattung vorzunehmen. Dies betrifft die Bereiche öffentliche und private Dienstleistungen, soziale Infrastruktur, Einzelhandel, Wohnungsmarkt, Verkehr und technische Infrastruktur.

2. Identifikation unterschiedlicher Raumpotentialtypen

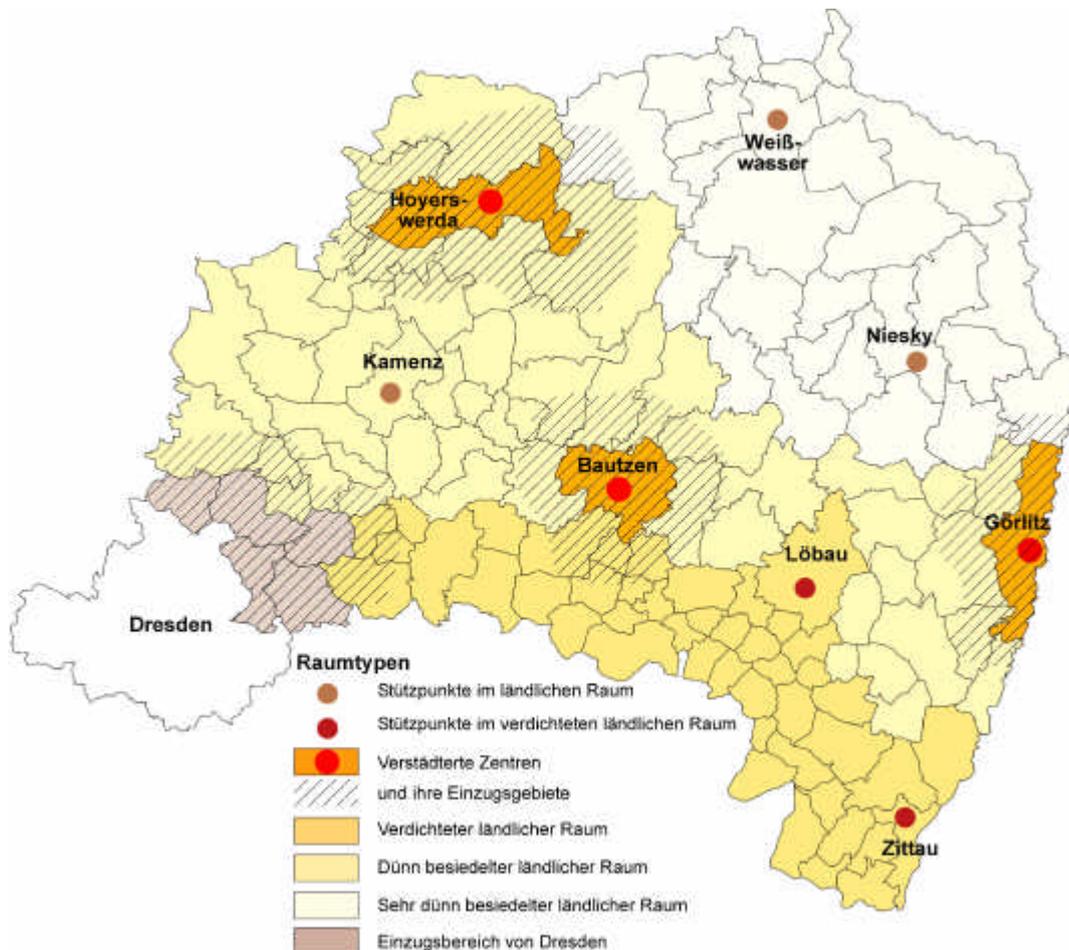
Die innere Differenzierung der Region Oberlausitz-Niederschlesien ist recht groß. Es existieren sehr dünn besiedelte Bereiche mit einer einseitigen Wirtschaftsstruktur und sehr hoher Arbeitslosigkeit im Nordosten neben Gemeinden mit kleinteiliger Wirtschafts- und Siedlungsstruktur im Südwesten. Es liegt daher auf der Hand, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels innerhalb der Region sehr unterschiedlich ausfallen und dementsprechend differenzierte Herangehensweisen und Leitvorstellungen erfordern.

Anhand verschiedener statistischer Indikatoren auf Gemeindeebene (u.a. Einwohnerentwicklung, Zu- und Fortzüge, Geburten und Sterbefälle, Zentralität, Arbeitsmarktentwicklung) konnten fünf Raumpotentialtypen identifiziert werden:

- **Verstädterte Zentren und ihre Einzugsbereiche** : Städte des Oberzentralen Städteverbunds (Bautzen, Görlitz, Hoyerswerda) und der Stadtrand von Dresden
- **Stützpunkte im ländlichen Raum**: Kamenz, Niesky, Weißwasser, Löbau und Zittau
- **Verdichteter ländlicher Raum**: Siedlungsband zwischen Dresden und Zittau.
- **Dünn besiedelter ländlicher Raum**: Nord-Westen der Region, Gemeinden um Kamenz
- **Sehr dünn besiedelter ländlicher Raum**: Nord-Osten der Region, Gemeinden um Niesky und Weißwasser

Die Raumpotentialtypen ermöglichen es, differenzierte Strategien und passgenaue Projekte zu entwickeln.

Abbildung 1: Raumpotentialtypen in der Region Oberlausitz-Niederschlesien



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen, eigene Berechnungen

empirica

3. Leitbildentwicklung

3.1 Übergeordnete Leitvorstellungen zur Raumentwicklung in der Region

Aufbauend auf den Analysen zum Raumstrukturindex und den identifizierten Raumpotentialtypen wurde gemeinsam mit dem Projektbeirat die Diskussion über ein mögliches gemeinsames Leitbild für die Region Oberlausitz-Niederschlesien geführt. Im ersten Schritt erfolgte die Festlegung eines gemeinsamen Verständnisses der **Ausgangssituation** bzw. der zentralen Probleme und Herausforderungen in der Region. Diese Formulierung der zentralen Herausforderungen basiert dabei auf der Analyse der Bevölkerungsentwicklung sowie der sektoralen Analysen in den Handlungsfeldern. Aufbauend auf das gemeinsame Problemverständnis konnten dann **übergeordnete Ziele** identifiziert werden, die in allen Teilräumen ihre Gültigkeit haben sollen. Im Anschluss folgte die Benennung von spezifischen **räumlichen Leitlinien**, für die einzelnen Teilräume der Region. Hier wurden den Raumpotentialtypen in Abhängigkeit ihrer jeweiligen Stärken Aufgaben und Handlungsschwerpunkte im regionalen Entwicklungsprozess zugeordnet.

Die inhaltliche und insbesondere thematische Ausgestaltung der Ziele und Leitlinien erfolgte mit einem breiteren Personenkreis. Mit verschiedenen Akteuren in der Region (u.a. Arbeitskreis Städte und Arbeitskreis ländlicher Raum) wurde eine Zusammenstellung der wichtigsten Handlungserfordernisse erarbeitet, die die Basis für das weitere Vorgehen in der Region bilden (vgl. Abschnitt 3.2).

Ausgangssituation

1. Eine flächendeckende Versorgung nach heutigem Standard ist unter den zukünftigen Bedingungen nur mit extremem Aufwand zu realisieren. Ohne Anpassungsverfahren kommt es v.a. in den ländlichen Räumen zu extremen Versorgungsproblemen.
2. Die Entwicklungsperspektive der Region insgesamt hängt stark von ihrer wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit (insbesondere Bindung und Akquisition exportorientierter Produzenten und Dienstleister) ab. Ohne Verbesserung der dazu relevanten Faktoren ist eine mittelfristige Konkurrenzfähigkeit nicht gesichert.
3. Es stehen wenig öffentliche und private Ressourcen zur Gestaltung zur Verfügung.

Übergeordnete Ziele für alle Teilräume

1. Zugang zu Leistungen im Bereich Bildung und Gesundheit bleibt in allen Teilen der Region gewährleistet
 - Ziel ist es, durch die Qualität der öffentlichen und privaten Leistungen mit Relevanz für die Bereiche Gesundheit und Bildung ein für alle gleichwertiges Ergebnis zu erreichen.
 - Art, Umfang, Organisation und Verteilung der Leistungen werden in den Teilräumen der Region unterschiedlich sein.
2. Die Region verbessert ihre wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit

- Hierzu ist es erforderlich, die vorhandenen Ressourcen so zu bündeln und zu entwickeln, dass stabile und attraktive Kerne innerhalb der Region entstehen und erhalten bleiben.
 - Von diesen Kernen strahlen Entwicklungsimpulse auf die gesamte Region aus. Städte und Teilregionen unterstützen mit eigenen Zielsetzungen die zukunftsfähige Entwicklung der Region.
3. Die zur Sicherung der Lebenschancen notwendige Infrastruktur wird sparsam und zukunftssicher organisiert.
- Maximale Effizienz ist im Hinblick auf Sparsamkeit zu gewährleisten, jedoch ist hierbei ein Abkoppeln der Region im Hinblick auf die Gesamtentwicklung des Landes zu vermeiden.
 - Synergieeffekte zwischen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur werden genutzt.
 - Bekannte und unbekannte Einsparpotentiale werden mobilisiert.

Räumliche Leitlinien für die Teilräume/Raumpotentialtypen

Raumpotentialtyp R1 „Städte“:

- Die Städte entwickeln sich zu stabilen Kernen in der Region, die auf andere Teilräume positiv ausstrahlen; sie bewältigen den Stadtumbau und gewinnen dabei an Qualität. Die Städte verfügen über ein differenziertes und nachfragegerechtes Wohnungs- und Versorgungsangebot.
- Die Städte entwickeln integrierte Sozialstrategien und bekämpfen Arbeitslosigkeit und ihre Folgen sowie soziale Spaltung.
- Die Städte begreifen sich als Ort der Kultur und der Innovation.
- Die Städte verstehen sich als funktionale Einheit mit ihrem Umland und Funktionsträger für die Gesamtregion.

Raumpotentialtyp 2 „Stützpunkte im ländlichen Raum“:

- Die Stützpunktstädte entwickeln sich zur funktionalen „Mitte“ einer ländlichen Region.
- Sie bieten ein qualitativ hochwertiges und umfassendes Angebot bei allen existentiellen Versorgungsleistungen.
- Die Stützpunktstädte haben ein jeweils eigenständiges Profil.

Raumpotentialtyp 3 „Verdichteter ländlicher Raum“:

- Die Stützpunktstädte entwickeln sich zur funktionalen „Mitte“ einer ländlichen Region.
- Der verdichtete ländliche Raum nutzt sein Potential zur funktionsteiligen Entwicklung als Tourismus- und Produktionsregion.
- Er passt seine Infrastruktur und Versorgung dem moderaten Bevölkerungsrückgang an.
- Entwickelt werden Kooperationen zwischen Kommunen, Kreisen, Trägern etc.

Raumpotentialtyp 4 „Dünn besiedelter ländlicher Raum“:

- Der Raum nutzt sein landwirtschaftliches und naturräumliches Potential und seine Lagegunst.
- Dörfer und Kleinstädte sind moderne und ruhige Orte des Wohnens und Arbeitens.

- Bildung, medizinische Versorgung und Pflege werden durch Innovationen und Systemwechsel sichergestellt.
- Der ländliche Raum entwickelt sich in enger Wechselwirkung mit den Städten (R1/R2) (Erreichbarkeit)

Raumpotentialtyp 5 „Sehr dünn besiedelter ländlicher Raum“:

- Der Nordosten profiliert sich als Raum mit hohem naturbezogenen Freizeitwert.
- Dörfer und Kleinstädte sind Orte überschaubaren und ruhigen Lebens.
- Bildung und medizinische Versorgung werden durch Innovationen und Systemwechsel sichergestellt.
- Der Nordosten verfügt über ein hoch entwickeltes mobiles und flexibles Versorgungssystem (Handel, Dienstleistungen etc.).

3.2 Thematische und räumliche Handlungserfordernisse

3.2.1 Soziale Infrastruktur

3.2.1.1 Bildung

Nach der aktuellen Schulschließungswelle muss sich bereits heute eine Diskussion anschließen, wie in Zukunft mit diesem Thema umgegangen werden soll. Nach 2020 werden die Schülerzahlen weiter sinken und es sind neue Ansätze notwendig, um auch dann, die Schulversorgung sicherzustellen. Der Bereich Bildung ist eines der zentralen Handlungsfelder für die Region Oberlausitz-Niederschlesien. Nur durch die Schaffung von gleichen Bildungschancen für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsene in der Region kann dauerhaft die Zukunftsfähigkeit der Region gesichert werden.

Zielvorstellungen:

- Gewährleistung von gleichen Bildungschancen in allen Teilräumen (Z1)
- Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung in allen Teilräumen (Z2)
- Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss soll reduziert werden (Z3)

Handlungserfordernisse:

- Verlässliche (Planungssicherheit für die Eltern) organisatorische und räumliche Anpassung der Bildungseinrichtung an sinkende und räumlich ungleich verteilte Schülerzahlen.
- Erhalt von wichtigen Schulstandorten durch Bündelung verschiedener kommunaler Leistungen zur gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen.
- Entwicklung von Bildungskonzepten, damit mehr leistungsschwache Schüler einen Schulabschluss erreichen.

- Bildung beginnt bereits im vorschulischen Bereich, daher Entwicklung von Konzepten zur Stärkung dieses Bereichs.
- Verzahnung von Schule und Wirtschaft zur Sicherung einer passgenauen beruflichen Ausbildung in der Region zur Sicherung des Fachkräftebedarfs.
- Förderung des lebenslangen Lernens zum Erhalt des Fachkräftepotentials in der Region.

Ansätze und Maßnahmen:

Die bisher diskutierten Ansätze und Maßnahmen zielen vor allem darauf ab, auch in den dünn besiedelten Teilräumen der Region, Schulstandorte zu erhalten. Nach der durchlaufenen Schließungswelle sollen die heute vorhandenen Standorte möglichst erhalten bleiben, um den genannten Zielen im Bereich Bildung gerecht zu werden. Die Projektvorschläge sehen stets eine **Kombination von mehreren Funktionen** an einem Schulstandort vor, um durch die gemeinsame Nutzung von Personal und Räumlichkeiten, Synergien zu erzeugen, die es ermöglichen, den Standort zu halten (Stichwort **multifunktionale Nachbarschaftsschule**). Beispielsweise kann es im Einzelfall sinnvoll sein, Einrichtungen der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen) oder die örtlichen Vereine mit der Schule zu verknüpfen.

Neben der Etablierung von kombinierten Schulen können die Ziele durch eine Wiederbelebung **ehrenamtlicher Familienhelfer** erreicht werden. Auch eine Verbesserung der Bildungsqualität an den **Sonder-schulen** sowie eine Reduzierung der Schulabbrecher in der Region durch zusätzliche **Fördermaßnahmen** können dazu beitragen, die Bildungschancen für alle Bewohner der Region zu verbessern.

3.2.1.2 Gesundheit

Die Sicherung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in der Region ist der zweite zentrale Bereich, wenn es um die zukünftige Sicherung der Daseinsvorsorge geht. Akute Engpässe im Gesundheitswesen sind allerdings in der Region aktuell noch nicht vorhanden. Es zeichnet sich jedoch ab, dass im Bereich der hausärztlichen Versorgung aufgrund zahlreicher altersbedingter Praxisaufgaben und den Schwierigkeiten bei der Wiederbesetzung der Praxen mittelfristig ein Handlungsbedarf besteht. Gleiches gilt für die stationäre medizinische Versorgung. Erst mittelfristig ist über eine Anpassung des regionalen Krankenhausnetzes zu diskutieren.

Im Rettungswesen besteht die Gefahr, dass in ländlichen Räumen die Notfallversorgung nicht mehr in angemessener Zeit gesichert werden kann.

Zielvorstellungen:

- Zugang zu Gesundheitsleistungen in allen Teilräumen (Z4)
- Sicherung des Zugangs zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung (Z5)

Handlungserfordernisse:

- Anpassung der medizinischen Versorgung an die mittelfristig sinkende Hausarztdichte im ländlichen Raum.
- Entwicklung von neuen wirtschaftlich tragfähigen medizinischen Versorgungseinrichtungen im ländlichen Raum.
- Entwicklung und Erprobung von mobilen ärztlichen Leistungen.
- Neuorganisation des Rettungsdienstes, der auch in ländlichen Räumen die Notfallversorgung in angemessener Zeit sichert.
- Entwicklung und Förderung von räumlich konzentrierten medizinischen Spezialangeboten zur Sicherstellung einer hochwertigen medizinischen Versorgung in der Region.
- Nutzung der technischen Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in der medizinischen Versorgung.

Ansätze und Maßnahmen:

Aufgrund des erst mittelfristigen Handlungsbedarfs besteht aktuell die Chance, verschiedene Wege für die notwendigen Anpassungen an die rückläufige Bevölkerung zu erproben. Mittels finanzieller **Anreize** können beispielsweise Mediziner **zur Übernahme einer Praxis im ländlichen Raum** gewonnen werden.¹ Auch **medizinische Versorgungszentren (MVZ)**, in denen die Ärzte ohne eigenes finanzielles Risiko als Angestellte arbeiten, stellen eine Alternative zu den klassischen Hausarztpraxen dar.²

Auch das Modellprojekt **SaxTeleMed** versucht, durch den Einsatz moderner bildgebender Diagnoseverfahren, den fachlichen Austausch der Mediziner zu verbessern und leistet somit einen Beitrag zur Sicherung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung ohne unmittelbare Vor-Ort-Präsenz.

Im Rettungswesen werden aktuell in der Region diverse Ansätze diskutiert. Gemeinsam mit den Fachplanern und Experten des Rettungswesens ist zu entscheiden, wie die Notfallversorgung angepasst werden muss. Denkbar sind u.a. eine **Dezentralisierung der Kraftwagenstandorte**, eine **Kombination der Rettungsstellen** mit betrieblichen oder anderen Einrichtungen (z.B. Altenpflege) oder der **Einsatz eines Hubschraubers** in den Teilräumen, in denen eine zeitnahe Notfallrettung mit dem Rettungswagen nicht mehr gesichert ist. Hier sind entsprechende vergleichende Machbarkeitsstudien durchzuführen

¹ Ein derartiges Projekt wird aktuell im Planungsbereich Torgau/Oschatz erprobt.

² In der Region Oberlausitz-Niederschlesien existiert bereits das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) Rothenburg im Martinshof. Ein weiteres MVZ der Oberlausitz Kliniken befindet sich in der Vorbereitungsphase.

Auch durch **Verbesserungen im Handlungsfeld Verkehr** kann die Erreichbarkeit der zentralen medizinischen Einrichtungen verbessert und somit der Zugang zu medizinischer Versorgung gesichert werden:

3.2.1.3 Kinder/Jugendliche

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen nimmt in Zukunft in der Region ab. Allerdings sind diverse Anstrengungen zu unternehmen, um den Abwanderungstrend insbesondere der jungen Menschen aus der Region zu stoppen. Durch positive Emotionen und die Schaffung eines Verbundenheitsgefühls mit der Region, kann der Abwanderungstrend gemildert werden. Freizeitangebote können dazu einen Beitrag leisten.

Zielvorstellungen:

- Sicherung von angemessenen Freizeitangeboten für Jugendliche in allen Teilräumen (Z6)
- Stärkung der emotionalen Bindung von Kindern und Jugendlichen an die Region zur Verhinderung von Abwanderung (Z7)
- Schaffung von Zukunftsperspektiven für Kinder und Jugendliche in der Region (Z8)

Handlungserfordernisse:

- Bereitstellung von unterschiedlichen Möglichkeiten zur angemessenen Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche in Stadt und Land.
- Vermittlung von Identität, Selbstwertgefühl und Zukunftsperspektiven.
- Sicherung einer passgenauen Ausbildung an die Erfordernisse der Wirtschaft.
- Stärkung der Jugendarbeit in der Sport- und Vereinswesenarbeit.

Ansätze und Maßnahmen:

Die Möglichkeiten, Angebote für Kinder und Jugendliche in der Region zu schaffen, sind vielfältig. Wichtig ist dabei jedoch, dass den Kindern und Jugendlichen ein hohes Maß an Mitbestimmung eingeräumt wird. Angebote sollten nicht einfach „vorgehalten“, sondern gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen entwickelt werden. Beispielsweise kann durch die **Identifikation von Schlüsselpersonen im Sport- und Vereinswesen**, die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen gefördert werden. Auch **dörfliche Begegnungsstätten** bieten sich als Kommunikationsort für alle Bewohnergruppen an und können zu einem wichtigen Treffpunkt von Jugendlichen werden. Gleiches gilt für die vorhandenen Einrichtungen wie die örtlichen **freiwilligen Feuerwehren** oder **Jugendzentren**, die besonders unterstützt werden sollten.

3.2.1.4 Ältere Menschen/Pflege

Aufgrund des demographischen Wandels und der steigenden Zahl älterer Menschen wird der Pflege- und Unterstützungsbedarf zunehmen. Gleichzeitig werden diese Dienstleistungen immer teurer, da die Finanzierung über die Pflegeversicherung in der bisherigen Form nicht mehr erfolgen wird. Um eine Kostenexplosion im Pflegebereich zu vermeiden, sind neue Ansätze und Organisationsformen in der Pflege zu finden, die bezahlbar sind und den Unterstützungsbedarf der älteren Menschen abdecken.

Momentan können die Pflege- und Unterstützungsleistungen noch in der bisherigen Form erbracht werden. Daher bietet sich heute die Chance, neue Ansätze im Rahmen von Modellvorhaben zu erproben. Außerdem muss die Problematik stärker als bisher in das Bewusstsein der heute 50 bis 70-Jährigen eindringen, damit jeder individuell für sich entscheiden kann, wie das Leben im Alter gestaltet werden soll.

Zielvorstellungen

- Sicherstellung der Pflege und Unterstützung älterer Menschen in allen Teilräumen (Z9)
- Sicherung eines generationsübergreifenden Verständnisses und Miteinanders (Z10)

Handlungserfordernisse:

- Entwicklung und Etablierung von neuen Konzepten zur Sicherung des Pflege- und Unterstützungsbedarfs älterer Menschen.
- Entwicklung einer neuen Kultur der gegenseitigen Unterstützung, Selbstorganisation und Hilfe über die familiären Netzwerke hinaus.
- Schaffung von Anlaufstellen, an denen verschiedene Funktionen gebündelt und so Synergieeffekte genutzt werden können.
- Schaffung von Möglichkeiten zur Begegnung der verschiedenen Generationen.
- Arbeitsteilung ländlicher Raum – Städte („Städte werden ländlicher“)

Ansätze und Maßnahmen:

Zukunftsfähig sind insbesondere nachbarschaftsbezogene Ansätze, die darauf zielen, Synergieeffekte bei den professionellen Dienstleistungen und der Mobilisierung von sozialen Netzwerken und Selbstorganisation zu erreichen. **Alternative Wohnformen** im Alter, wie **Baugruppen für Ältere**, **betreutes Wohnen im ländlichen Raum** (z.B. mit der Möglichkeit ein eigenes Stück Garten zu pflegen oder Haustiere zu halten) und **neue Unterstützungsnetzwerke** jenseits der familiären Strukturen sind zu unterstützen.

Auch **dörfliche Begegnungsstätten**, **Selbsthilfenetzwerke** (z.B. Freiwilligenagenturen) und die **vorhandenen Vereine** können dazu beitragen, dass sich die unterschiedlichen Generationen begegnen

und eine neue Kultur der gegenseitigen Unterstützung entsteht. Derartige Ansätze sind auszubauen und zu fördern.

3.2.1.5 Versorgung

Die Standorte von Einzelhandelseinrichtungen und Dienstleistungsangeboten sind in den letzten Jahren ausgedünnt worden. Insbesondere im ländlichen Raum wird eine fehlende wohnortnahe Einzelhandelsversorgung beklagt. Problematisch ist jedoch, dass die Kunden kaum bereit sind, höhere Kosten z.B. für mobile Angebote zu akzeptieren. Es ist aber damit zu rechnen, dass sich die mobilen oder sonstigen alternativen Angebote bei entsprechender Nachfrage ausweiten werden.

Zielvorstellungen:

- Sicherung des Zugangs zu Versorgungseinrichtungen in allen Teilräumen der Region (Z11)
- Ermöglichen von nachfragegerechten Dienstleistungen für Familien mit Kindern (Z12)

Handlungserfordernisse:

- Gewährleistung der Erreichbarkeit verschiedener Versorgungsfunktionen.
- Kombination von verschiedenen Einrichtungen an einem Ort zur gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen.
- Schaffung von dezentralen Anlaufstellen zur Bündelung von Funktionen und Dienstleistungen.
- Erprobung und Etablierung von mobilen Diensten auch in bislang eher unüblichen Bereichen.
- Etablierung, Förderung und Unterstützung der Akzeptanz von Angeboten im Internet.
- Unterstützung und Förderung einer Kultur des gegenseitigen Helfens und informeller Netzwerke

Ansätze und Maßnahmen:

Durch **Maßnahmen im Bereich Verkehr** kann der Zugang zu Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen für alle Bewohner der Region gesichert werden. Gleichzeitig bieten mobile Dienste die Möglichkeit zur wohnortnahen Versorgung. Öffentliche und halböffentliche mobile Angebote (z.B. **mobile Verwaltung, Sparkassenbus, mobile Bibliothek**) können **mit weiteren Angeboten kombiniert** werden (z.B. Lieferservice für Einkäufe, Annahmestelle für Reinigung und Schuhreparatur).

Gleichzeitig bieten heute neue Technologien wie das Internet die Möglichkeit, verschiedene Leistungen von zu Hause aus in Anspruch zu nehmen (z.B. Online-Banking, Online-Shopping, elektronische Steuererklärung, Download von Formularen). **Maßnahmen zur Qualifizierung** der Bürger **im Umgang mit den modernen Technologien** leisten somit auch einen Beitrag zur Sicherung der Versorgung.

Auch **ehrenamtliche Nachbarschaftsläden** können einen Beitrag zur Sicherung der Versorgung leisten. Es gibt Beispiele, wie aus einem Nachbarschaftsladen eine neue „dörfliche Begegnungsstätte“ geworden ist, die einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Dorfgemeinschaft leistet und so auch andere Funktionen erfüllt.

3.2.2 Wohnungsmarkt und Stadtentwicklung

3.2.2.1 Wohnungsmarkt und Siedlungsstruktur

Auch wenn die aktuelle Wohnungsnachfrage in der Region gering ist, wird es trotzdem weiterhin einen Neubaubedarf geben. Dieser Bedarf richtet sich in erster Linie auf das Wohnungsmarktsegment des Ein- und Zweifamilienhausbaus, aber auch qualitative Angebotslücken im Geschosswohnungsbau werden durch Neubauten geschlossen werden.

Ein massives Überangebot besteht trotz der Bemühungen im Rahmen des Programms Stadtumbau-Ost bei den Geschosswohnungsbauten. Die Wohnungsmarktprognosen verdeutlichen, dass in der Region mehr Wohnungen als bisher geplant, abgerissen werden müssen, will man umfangreiche Leerstände vermeiden.

Zielvorstellungen:

- Schaffung eines differenzierten, attraktiven und preiswerten Wohnungsmarktes für alle Bewohnergruppen, insbesondere für Familien und ältere Menschen (Z13)
- Adäquate Berücksichtigung des privaten Eigentums bei Planungen und notwendigen Anpassungsmaßnahmen an die rückläufige Bevölkerung (Z14)

Handlungserfordernisse:

- Stärkung der Wohnfunktion in den Innenstädten und attraktiven Dörfern.
- Konzentration der Wohnungsmarktpolitik auf den stadtbildprägenden attraktiven Bestand, um die Potentiale der Wohneigentumsbilder umzulenken.
- Rückbau von nicht mehr marktgerechten Wohnungsbeständen.
- Ausreichende Ausweisung von Bauland für den Ein- und Zweifamilienhausbau. Vorrangige Entwicklung von Flächen in integrierten Lagen.
- Sicherung einer ausreichenden Versorgung mit altengerechten Wohnungen in allen Teilräumen bei zukunftsfähigen Standorten.

Ansätze und Maßnahmen:

Die Ansätze im Bereich Wohnungsmarkt und Siedlungsentwicklung sollten sich auf den bestehenden Wohnungsbestand konzentrieren. Denkbar sind Maßnahmen zur **Förderung der Wohneigentumsbil-**

dung im Bestand. Ansätze wie die Initiative „Umgebndeland“ sind auch auf andere erhaltenswerte Bestandsimmobilien auszuweiten.

Aber auch die Baulandausweisung für Neubauvorhaben darf nicht außer Acht gelassen werden. Hier ist die **Förderung von Bauvorhaben an integrierten Standorten** zu bevorzugen (z.B. Einfamilienhausbau auch an innerstädtischen Standorten, die mangels Nachfrage nicht mehr einer Geschossbebauung zugeführt werden können).

Gleichzeitig muss der **Rückbau** von nicht mehr benötigtem Wohnraum in den Städten und Dörfern im Rahmen des Stadtumbaus **intensiviert werden**

3.2.2.2 Stadt- und Innenstadtentwicklung

Problematisch sind die Leerstände in den Städten, da dort ganze Stadtteile zu veröden drohen (betroffen sind überwiegend die Plattenbaugebiete und z.T. die historischen Stadtkerne). Aber auch im ländlichen Raum hat dauerhafter Leerstand negative Konsequenzen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft führt im ländlichen Raum zu einer steigenden Zahl leer stehender Wirtschafts- und Wohngebäude, die das Erscheinungsbild der Dörfer nachhaltig negativ beeinflussen. Es sind Anstrengungen zu unternehmen, um die Zentren zu stärken. Nur durch stabile Ortschaften und Ortskerne können die Städte und Gemeinden in der Region dauerhaft funktionsfähig bleiben. Eine entsprechende Prioritätensetzung, welche Zentren im besonderen Maße gestärkt werden müssen, sollte sich an den identifizierten Raumpotentialtypen orientieren:

Zielvorstellungen:

- Stärkung der Innenstädte als stabile Kerne in der Region (Z15)
- Konzentration in Entwicklungsschwerpunkten (Z16)

Handlungserfordernisse:

- Revitalisierung der Innenstädte als multifunktionale Einheiten in den verstärkten Zentren und Stützpunkten im ländlichen Raum.
- Konzentration von verschiedenen zentralörtlichen Funktionen in den Städten und Stützpunkten im ländlichen Raum, um Synergieeffekte zu nutzen.

Ansätze und Maßnahmen:

Im Mittelpunkt stehen im Bereich Stadt- und Innenstadtentwicklung, Maßnahmen, die dazu beitragen, die Innenstädte zu beleben. Dies sind beispielsweise Projekte im Rahmen eines **Leerstands- und Geschäftsstraßenmanagements** oder auch Maßnahmen zur Etablierung einer **angebotsorientierten Flächenentwicklung** zur Ansiedlung von Einzelhändlern und Dienstleistung in den Innenstädten (u.a. Potentialanalyse der Innenstädte, Erarbeitung von Standortexposés der leer stehenden Immobilien und

Grundstücke, pragmatischer Umgang mit Altlasten und Denkmälern, Etablierung von professionellen Flächenbörsen, Organisation von Grundstückstauschverfahren etc.).

Auch bei noch anstehenden Standortentscheidungen für Einrichtungen der öffentlichen Hand, sollte auf eine **Bündelung von öffentlichen Funktionen in den Innenstädten** geachtet werden (z.B. sollte bei der Entscheidung, welcher Schulstandort in einer Stadt geschlossen werden muss, eher dem innerstädtischen Standort Vorrang eingeräumt werden, auch wenn sich dadurch die Schulwege der Stadtrandbewohner verlängern).

3.2.3 Technische Infrastruktur

Die technische Infrastruktur der Wasserver- und -entsorgung ist mittlerweile in vielen Kommunen durch den Bevölkerungsrückgang überdimensioniert. Durch die Unterauslastung der Anlagen steigen die Kosten pro Kopf. Bislang wird versucht, die steigenden Kosten auf den Endverbraucher in Form von steigenden kommunalen Abgaben für Ver- und Entsorgung umzulegen. Dies wird aber nur bis zu einem bestimmten Grad möglich sein.

Noch können die bestehenden Versorgungssysteme aufrechterhalten werden. Mittelfristig besteht jedoch ein akuter Handlungsbedarf, da der Bevölkerungsrückgang weiter anhalten wird. Betroffen sind sowohl ländliche Gemeinden, als auch die größere Städte in denen einzelne Stadtteile (zumeist Plattenbaugebiete) einen besonders starken Bevölkerungsrückgang und entsprechende Wohnungsabrisse zu bewältigen haben.

Zielvorstellungen:

- Sicherstellung einer adäquaten Wasserver- und -entsorgung in allen Teilräumen der Region (Z17)
- Sicherung einer adäquaten Energieversorgung (Z18)
- Sicherstellung eines adäquaten Zugangs zu Datennetzen (Z19)

Handlungserfordernisse:

- Erarbeitung von Wirtschaftsplänen zum Betrieb oder Abwicklung bestehender, aber mittel- bis langfristig überdimensionierter Versorgungssysteme.
- Prüfung von technischen Möglichkeiten zur Sicherung einer kostengünstigen und mittel- bis langfristig funktionsfähigen Ver- und Entsorgungsinfrastruktur.
- Sicherung des Zugangs zu modernen Datennetzen in allen Teilräumen.

Ansätze und Maßnahmen:

Es muss jeweils im Einzelfall geprüft werden, welche Optionen sich für die Kommune und die Wasserver- und -entsorgungsbetriebe ergeben. Da sich in den wenigsten Fällen wirtschaftlich rentable Lösungen anbieten, muss es in der Unternehmensstrategie darum gehen, den Verlust möglichst zu

minimieren. In einer „**Verlustminimierungsstrategie**“ muss überlegt werden, ob es sinnvoller ist, die bestehenden Versorgungssysteme aufrecht zu erhalten oder Neuinvestitionen in bedarfsgerechte, lokale Systeme zu tätigen. Es ist im Einzelfall der kritische Punkt zu ermitteln, an dem ein „Weiter so“ höhere Kosten erzeugt, als eine Neuinvestition in lokale Ver- und Entsorgungssysteme.

Um Entscheiden zu können, welche Anlagen aus Kostengründen aufgegeben bzw. erhalten bleiben sollten, ist ein einheitliches **regionales Monitoringsystem** sinnvoll. Auch **Modellvorhaben zur Erprobung von Wegen des Rückbaus** von Ver- und Entsorgungsanlagen können dazu beitragen, die notwendigen Anpassungen möglichst optimal zu gestalten. Da insbesondere Fragen zur Finanzierung des Rückbaus problematisch sind, kann durch Beispielrechnungen die notwendige **Kostentransparenz** geschaffen werden.

3.2.4 Verkehr und Erreichbarkeit

Das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs ist mittlerweile sehr stark ausgedünnt, weitgehend auf den Schülerverkehr ausgerichtet und für einen Großteil der übrigen Fahrtzwecke nicht nutzbar. Der private PKW ist zu einer der wichtigsten Voraussetzung für die individuelle Mobilität geworden. Will man in der Region den Zugang zu verschiedenen Einrichtungen der Daseinsvorsorge sichern, bildet der ÖPNV eine zentrale Stellgröße. Gleichzeitig ist seit langem bekannt, dass die bisherigen Systeme die Mobilitätsbedürfnisse im ländlichen Raum nicht adäquat bedienen können (z.B. ungünstiges Preis-Leistungsverhältnis, ungünstige Taktung und fehlende Flexibilität). Es sind kurz- und mittelfristig neue Formen zu erproben und entwickeln, da mit Zunahme der älteren Bevölkerung der Bedarf nach öffentlichen Mobilitätsangeboten steigen wird.

Zielvorstellungen:

- Sicherstellung einer adäquaten verkehrlichen Erreichbarkeit in allen Teilräumen (Z20)
- Verbesserung der äußeren Erschließung der Region (Z21)

Handlungserfordernisse:

- Ermittlung der konkreten Bedarfe und der Bewertung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Bevölkerung.
- Entwicklung und Etablierung von alternativen Verkehrskonzepten.

Ansätze und Maßnahmen:

Im bestehenden Nahverkehrssystem sollten vorhanden Nutzungshemmschwellen beseitigt werden, um den ÖPNV attraktiver zu machen. Dazu zählt beispielsweise eine bessere **Übersichtlichkeit der Fahrpläne** und auch ein **einheitliches Tarifsystem** zwischen den verschiedenen regionalen Verkehrsverbänden.

Des Weiteren sind neue **flexible Nahversorgungssysteme** zu erproben, wie beispielsweise Ruf-Bus-Systeme. Es existieren vielfältige Beispiele für derartige Konzepte, so dass auf umfangreiche Erfahrungen zurückgegriffen werden kann. Parallel dazu können **nachbarschaftliche Initiativen**, wie **Mitfahr- und Mitbringdienste** unterstützt werden. Durch die Bereitstellung von Informationen und Beratung können ehrenamtliche Einsätze gefördert werden.

3.2.5 Wirtschaft

Für das wirtschaftliche Wachstum einer Region und die dauerhafte Sicherung der wirtschaftlichen Basis einer Region sind insbesondere die Unternehmen relevant, die ihre Waren und Güter außerhalb der Region absetzen. Es sind für die verschiedenen Teilräume der Region differenzierte Strategien notwendig, um die vorhandenen und im regionalwissenschaftlichen Sinn „exportorientierten“ Branchen und Betriebe zu unterstützen.

Angesichts der demographischen Entwicklung und des sich abzeichnenden Fachkräftemangel sind auch Anstrengungen zur Sicherung der zukünftigen Fachkräftebedarfs zu unternehmen.

Zielvorstellungen:

- Sicherung und Stärkung der wirtschaftlichen Basis in der Region (Z22)

Handlungserfordernisse:

- Konzentration der Wirtschaftsförderung auf die direkten und indirekten Unternehmen der Exportbasis und die wirtschaftlich stabilen Teilräume.
- Stärkung und Vermarktung der touristischen Wirtschaftspotentiale in der Region.
- Förderung des lebenslangen Lernens zum Erhalt des Fachkräftepotentials in der Region
- Beseitigung der Wettbewerbsnachteile in der Region

Ansätze und Maßnahmen:

Die Unterstützung der im regionalwissenschaftlichen Sinn „exportorientierten“ Branchen und Betriebe kann in ganz unterschiedlicher Weise erfolgen. Die Marketinggesellschaft Oberlausitz leistet wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Unternehmen der Region. Konkrete Maßnahmen sind beispielsweise die Förderung von **Forschungskooperationen** und **Unternehmensnetzwerken**, die **Profilierung der regionalen Hochschullandschaft** sowie die Förderung von **grenzüberschreitenden Kooperationen**, um gemeinsame Synergieeffekte zu nutzen.

Auch die Ermittlung des quantitativen und qualitativen Fachkräftebedarfs in der Region ist zur **Entwicklung von passgenauen Ausbildungsangeboten** relevant. **Ausbildungsverbünde** können dazu beitragen, die betriebliche Ausbildung in der Region zu sichern und sollten weiterhin unterstützt werden.

Weiteres wirtschaftliches Standbein in der Region sind die touristischen Potentiale. Diese sollten weiterhin gemeinsam vermarktet werden. Neue **innovative Konzepte**, wie die verschiedenen touristischen Angebote der Marketinggesellschaft Oberlausitz (z.B. spezielle Angebote für Behinderte „Reisen ohne Handicap“, Angelreisen, gezielte Vermarktung der Region für Radwanderer und Bustouristen) **sollten gezielt unterstützt werden**.

4. Ausblick: Zentrale Fragen für den weiteren Umbauprozess in der Region

4.1 Thematische und räumliche Schwerpunkte als zukünftige Handlungserfordernisse identifizieren

In allen untersuchten Handlungsfeldern entstehen durch den demographischen Wandel neue Aufgaben und Herausforderungen. Allerdings ist der Handlungsbedarf nicht in allen Bereichen akut und zum Teil werden Themen bereits an anderer Stelle adäquat behandelt. Dieses muss bei der weiteren Ausgestaltung der Aktivitäten in der Region Oberlausitz-Niederschlesien berücksichtigt werden.

In den Handlungsfeldern, in denen erst mittelfristig, also etwa in fünf bis zehn Jahren, die Probleme drängender werden, besteht heute die einzigartige Chance durch ausprobieren und experimentieren, z.B. im Rahmen von thematischen Modellprojekten, nach innovativen guten Lösungen zu suchen. Dies ist u.a. in den Bereichen Schulnetzplanung, Hausarztversorgung, Pflege- und Unterstützungsbedarf für ältere Menschen und auch bei der Sicherung der Versorgung im ländlichen Raum in weiten Teilen der Region der Fall.

Selbstverständlich sind auch Ministerien, Landkreise, Kommunen und sonstige Akteure in der Region durch die bundes- und landesweite Diskussion über die Auswirkungen des demographischen Wandels in unterschiedlicher Weise für das Thema sensibilisiert und beginnen in ihren Bereichen und Fachpolitiken Projekte und Maßnahmen zu entwickeln. So existiert im Freistaat Sachsen bereits ein Modellprojekt zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum bei dem jungen Ärzten finanzielle Anreize und Spielräume bei der Niederlassungsfreiheit eingeräumt werden. Das SMUL fördert die Schaffung von dörflichen Gemeinschaftseinrichtungen und hat im Sommer 2006 mehrere Gutachten zur Konzeption und Finanzierung derartiger Einrichtungen in Auftrag gegeben.

Um Dopplungen und unnötige Überschneidungen zu vermeiden, sollte vor der Festlegung von thematischen Schwerpunkten für die Region Oberlausitz-Niederschlesien geprüft werden, welche weiteren Aktivitäten bereits angelaufen sind, wo sich Anknüpfungspunkte ergeben und weiterer Unterstützungsbedarf besteht (Nutzung von Synergieeffekten). Ergebnis dieser Recherche kann natürlich auch sein, dass einzelne Themen bereits von anderer Seite kompetent behandelt werden und hier lediglich der Informationsaustausch und Wissenstransfer gesucht werden muss, um gute Projekt und Ideen auf andere Teilbereiche der Region zu übertragen. Eine Grundlage bildet auf Landesebene die Ressortab-

frage der Staatskanzlei, in der im Frühjahr 2006 die Ministerien zu ihren Aktivitäten im Hinblick auf den demographischen Wandel befragt wurden. Weitere Recherchen sind notwendig, wenn fest steht, welche Maßnahmen begonnen werden sollen.

Aus gutachterlicher Sicht besteht in der Region Oberlausitz-Niederschlesien insbesondere Handlungsbedarf in den vier Themenbereichen Bildung bzw. die **dauerhafte Sicherung von Schulstandorten im ländlichen Raum**, flächendeckende Sicherung von **angemessenen Angeboten für Kinder und Jugendliche**, die **Schaffung von neuen Angeboten für ältere Menschen** und der **Umlenkung der Wohneigentumsbildung auf den Bestand**.

In der **Schulnetzplanung** wurde die erste Schließungswelle der Grund- und Mittelschulen gerade bewältigt, so dass zukünftige Anpassungen in zehn bis fünfzehn Jahren heute noch nicht angegangen werden. Allerdings bietet genau diese Frist die Chance, neue Schulkonzepte im ländlichen Raum zu erproben.

Das gleiche gilt für die Schaffung von neuen Angeboten zur **Sicherung des Pflege- und Unterstützungsbedarfs** für ältere Menschen. Noch werden viele dieser Leistungen in den Familien erbracht, institutionalisierte Unterstützungsleistungen sind gerade im ländlichen Raum fremd und stoßen auf Ablehnung. Um einen Mentalitätswechsel zu bewirken und um auch die „jungen Alten“ für das Thema zu sensibilisieren, sollten heute beispielhafte Projekte initiiert werden.

Akutes Problem in der Region Oberlausitz-Niederschlesien ist nach wie vor die Abwanderung junger Menschen aus der Region. Es herrscht oftmals bei vielen Jugendlichen eine pessimistische Grundstimmung vor. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Haushalten blicken mutlos in die Zukunft, sehen für sich keine beruflichen Perspektiven und lassen in ihrem schulischen Engagement nach. Die Quote der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen ist - wie auch der Anteil der Sonderschüler - in der Region erhöht. **Angemessene Angebote für Kinder und Jugendliche** im ländlichen Raum und für Kinder und Jugendliche, die die bestehenden Angebote bisher nicht nutzen, tragen durch gemeinsame Aktivitäten zu einem Verbundenheitsgefühl mit der Region bei. Gleichzeitig können sie die Abwärtsspirale aus Perspektivlosigkeit und mangelnden Bildungsanstrengungen durchbrechen.

Die historische Bausubstanz in vielen Gemeinden der Region Oberlausitz-Niederschlesien ist einzigartig und erhaltenswert. Durch gezielte Unterstützungsleistungen für die **Wohneigentumsbildung von Selbstnutzern im Bestand** können die gewachsenen Stadt- und Dorfstrukturen erhalten bleiben. Die Städte werden so in ihrer zentralen Funktion gestärkt. Gleichzeitig ziehen die historischen Gebäude Personen von außerhalb der Region an, die die Region als Altersruhesitz oder Ferienregion für sich entdecken.

4.2 Empfehlungen für innovative Schlüsselprojekte für die Region

4.2.1 Nachbarschaftsschule

Schulstandorte haben neben ihrem eigentlichen Bildungsauftrag auch eine wichtige Identitätsstiftende Funktion für die gesamte Gemeinde. Wie die Diskussionen zur bisherigen Schließungswelle verdeutlichen, ist das Thema Schulschließung sehr emotional. Familien und deren Kinder, die aktuell von den Anpassungen betroffen sind, werden verunsichert. Schulschließungen sind ein weithin sichtbares Zeichen des „Niedergangs“ und des Abwärtstrends. Diese negativen Gefühle werden auch auf andere Lebensbereiche übertragen. Schulschließungen können eine vage Idee zur Abwanderung bei jungen Leuten in eine konkrete Abwanderungsentscheidung umwandeln.

Dieser gefühlte Abwärtstrend muss aufgehalten werden. Dazu muss u.a. für die verbleibenden Schulstandorte eine Planungssicherheit eingeführt werden. Schulen sind eine der zentralen Funktionen, die z.B. bei der Wohnstandortentscheidung von jungen Familien einen bedeutenden Einfluss haben. Ohne Klarheit darüber, dass auch noch in zehn oder 15 Jahren die Schule in der jeweiligen Gemeinde gesichert ist, wird die Entscheidung für die Region erschwert.

Weitere **Anpassungen im Schulstandortsystem** müssen daher stärker als bisher **ressortübergreifend erarbeitet werden**, da die Auswirkungen der Schließung bzw. des Erhalt eines Schulstandortes unter den Bedingungen des Bevölkerungsrückgangs diverse Fachplanungen stärker als in der Vergangenheit berührt (z.B. Verkehr, ländliche Entwicklung, zentralörtliche Gliederung etc.). Alternative Schulkonzepte, die bisher aus bildungspolitischen Überzeugungen heraus nicht zum Einsatz kamen wie z.B. Jahrgangübergreifender Unterricht, Internate, Gesamtschulen, Zwergschulen sind in der Fachdiskussion erneut zu berücksichtigen und angesichts des Bevölkerungsrückgangs in den dünn und sehr dünn besiedelten Teilräumen der Region neu zu bewerten. Das bedeutet nicht, dass ein bildungspolitischer Systemwechsel in Sachsen angestrebt werden muss. Es sollte jedoch möglich sein, **in Teilräumen mit einer besonderen Problemlage auch andere Konzepte zuzulassen**.

Neben dem Einsatz von alternativen Schulkonzepten zur Sicherung des Schulstandortes, können auch durch die **Kopplung der Schule mit anderen öffentlichen und privaten Leistungen**, die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit des Schulstandortes erhalten bleiben. Organisatorisch kann an die Schule zum Beispiel der Aufbau von Netzwerken für Kinderbetreuung, Altenpflege und andere soziale Dienste angedockt werden. Dies würde zur Folge haben, dass der Schulleiter oder andere an der Schule angestellte Personen nicht nur unterrichten und ihre schulischen Aufgaben wahrnehmen, sondern auch andere organisatorische Leistungen übernehmen. Hier ist eine systematische Suche nach „Mehrproduktorganisationen“ notwendig, die in dünn besiedelten Regionen oder kleinen Orten als Multifunktionseinrichtungen kostengünstig betrieben werden. Durch die Kopplung mehrere Funktionen entstehen **Einsparpotentiale, die insgesamt zum Erhalt des Standortes beitragen**.

Derartige Konzepte sind bisher in Deutschland noch nicht vorhanden oder erprobt. Sie stoßen in ganz unterschiedlichen Bereichen an ihre rechtlichen und organisatorischen Grenzen (z.B. Abrechnungsmechanismen, Versicherungsauflagen, Zuständigkeiten etc.). In einem **Modellprojekt** in einer Gemeinde, in der alle Akteure in Schule, Gemeinde/Politik und Vereinswesen wie auch die Bürger bereit sind, neue Wege zu beschreiten, sollte ausgelotet werden, welche Bereiche des öffentlichen Lebens sich für ein derartiges Kopplungsprojekt „Schule plus“ eignen. Es gilt herauszufinden, wo Hemmnisse bestehen, Regularien verändert bzw. geöffnet werden müssen und welche Kombinationen bereits heute möglich sind.

4.2.2 Neue Angebote zur Sicherung der Pflege- und Unterstützung älterer Menschen in der Region

Die Zahl der älteren Menschen wird in der Region wachsen. Dabei wird insbesondere die Zahl derer steigen, die ohne direkten Kontakt zu Familienangehörigen in einer Nachbarschaft leben. Dies betrifft sowohl ältere Menschen in bestimmten Stadtteilen der größeren Städte wie auch in den ländlichen Dörfern. Für die Politik entsteht aus dieser Konstellation eine erhebliche Herausforderung. Die klassischen Einrichtungen der Alten- und Krankenpflege können mangels Auslastung nicht in allen Teilräumen eingesetzt werden. Gleichzeitig will man jedoch die Härte vermeiden, die es für einen alten Menschen bedeutet, sein gewohntes Umfeld zu verlassen.

Zum einen können durch die **Kopplung von verschiedenen Funktionen** Synergieeffekte entstehen, die es erlauben, auch bei rückläufiger Bevölkerung bestimmte Einrichtungen vorzuhalten. Des weiteren kann durch eine gezielte Stärkung der Selbstorganisation der Bürger ein neues Klima der gegenseitigen Unterstützung aufgebaut werden, um lokale Versorgungsengpässe zu überbrücken und Umzüge in ein Senioren- oder Pflegeheim zu vermeiden.

Auch im Hinblick auf die Bezahlbarkeit der Dienstleistungen, die bei zunehmender Hilfs-/ Pflegebedürftigkeit notwendig sind, gilt es, **Konzepte für „Neues Wohnen im Alter“** zu entwickeln. Es geht um **quartiersbezogene Ansätze**, die darauf zielen, Synergieeffekte bei den professionellen Dienstleistungen („Pflegekerne“ in einem Wohnumfeld mit einem hohen Anteil älterer Bewohner) und der Mobilisierung von sozialen Netzwerken zu erreichen.

Bereits jetzt schon werden zunehmend verschiedene Alternativen zum stationären Pflegeheim diskutiert und in der Praxis umgesetzt. Im Mittelpunkt dieser Neuorientierung steht eine stärkere Betonung des eigenständigen Wohnens in **Kombination mit individuellen und bedarfsgerechten Hilfe- und Pflegeleistungen**. Es handelt sich bei den betreffenden Alternativkonzepten nicht mehr nur um "exotische" Beispiele, sondern z.B. planen verschiedene Pflegeheimbetreiber, die einen relativ hohen Anteil am Markt abdecken, für die Zukunft keine bzw. kaum noch stationäre Pflegeeinrichtungen neu zu

bauen (z.B. Kuratorium Wohnen im Alter e.V., Bremer Heimstiftung, Evangelisches Johanneswerk). Stattdessen gewinnen quartiersbezogene Ansätze an Bedeutung.

Vor dem Hintergrund des wachsenden Bedarfs nach Dienstleistungen für Ältere bei gleichzeitig sinkenden Angeboten durch die Familie werden gerade innovative Wohnformen notwendig, bei denen bestimmte **Hilfeleistungen informell** erbracht werden. Ein organisatorisches Instrument, um im Sinne der Kostenreduzierung die **Ressourcen der Älteren einbeziehen** zu können, ist die **professionelle Planung und Unterstützung eines sozialen Netzwerkes**. Hier kann auf sehr gute Erfahrungen auch bereits aus Sachsen zurückgegriffen werden. Die Mobilisierung sozialer Netzwerke muss professionell organisiert werden (z.B. Gründung eines Vereins). Ein solcher Verein sollte nicht nur auf das Haus selbst beschränkt sein, sondern offen für andere Menschen aus der gesamten Nachbarschaft sein. Wichtige Aufgabe dieses Vereins ist es, informelle Leistungen, die die Bewohner gegenseitig erbringen, zu organisieren. Solche Leistungen können z.B. sein: Besuche von älteren allein stehenden Bewohnern, Zeitung vorlesen bei Sehschwäche, Begleitung zum Einkaufen, Organisation einer Kulturveranstaltung. Über diesen Verein kann ein Quartiers- oder Dorfbezug hergestellt werden, der von informellen Leistungen bis hin zu der oben genannten ambulanten Pflege in der angestammten Wohnung (in Kooperation mit einem ambulanten Pflegedienst) erfolgt.

Aus der Beschreibung wird deutlich, dass der Erfolg der Projekte ganz wesentlich von einer hohen Motivation und Einsatzbereitschaft der Adressaten abhängt. Es ist jeweils genau zu prüfen, wo sich in der Region Oberlausitz-Niederschlesien bereits Anknüpfungspunkte ergeben.

4.2.3 Angemessene Angebote für Kinder und Jugendliche

Angebote für Jugendliche sind einem ständigen Wandel unterworfen. Neue Trends oder neue Gruppierungen bewirken verlagerte Interessen und ein anderes Nachfrageverhalten. So kann es durchaus vorkommen, dass vorhandene Jugendzentren nicht angenommen werden, Sportvereine über rückläufige Mitgliederzahlen klagen und gleichzeitig die Kinder und Jugendlichen ein nicht passgenaues Freizeitangebot bemängeln. Außerdem sind die „Generationswechsel“ bei den Kindern und Jugendlichen sehr schnelllebig. Angebote, die vor drei Jahren exakt den Wünschen der damals 15-Jährigen entsprachen, können heute von den heute 15-Jährigen strikt abgelehnt, auch um sich von der Gruppe der älteren Jugendlichen deutlich abzugrenzen. Dies ist bei der Konzeption von Angeboten zu berücksichtigen.

Die Kinder und Jugendlichen können dabei in zwei Gruppen unterteilt werden. Es gibt zum einen die „auffälligen“ Jugendlichen, die sich im öffentlichen Straßenraum aufhalten und z.T. auch andere Bewohner des Dorfes oder des Stadtviertels stören. Beliebte Treffpunkte sind zentrale Plätze, Tankstellen oder auch Spielplätze. Die andere Gruppe bilden die stillen, unauffälligen Kinder und Jugendlichen, die keiner Clique angehören, sich nach der Schule zu Hause zurückziehen und ihre Freizeit mit Com-

puter spielen und fernsehen verbringen. Diese beiden Gruppen erfordern ein unterschiedliches Vorgehen bei der Ansprache der Kinder und Jugendlichen.

Zugehende Jugendarbeit für „auffällige“ Jugendliche

Es sind in einem ersten Schritt die Teilräume, Dörfer oder Nachbarschaften zu ermitteln, in denen sich viele Kinder und Jugendliche nach Schulschluss im öffentlichen Straßenraum aufhalten, da entweder keine Angebote vorhanden sind, oder diese nicht akzeptiert werden. Um dort passgenaue Angebote für Kinder und Jugendliche zu schaffen, bedarf es dann einer zugehenden Jugendarbeit. Es ist vor Ort eine erwachsene Person zu finden, die einen ersten Draht zu den Jugendlichen aufbaut oder bereits darüber verfügt. Vieles hängt dabei von der jeweiligen Persönlichkeit ab. Sie muss bezüglich „Kultur“ und „Milieu“ zu den Jugendlichen passen und von diesen akzeptiert werden. Für die Person wiederum ist es wichtig, auf eine bestehende Struktur zurückgreifen zu können, um bei Bedarf Unterstützung zu erhalten. Die Person kann beispielsweise Unterstützung durch die Schule, Sportvereine oder Einrichtungen der Jugendhilfe erhalten, die wiederum derartige Maßnahmen bewusst forcieren.

Nachdem ein erster Kontakt zur Gruppe der Jugendlichen aufgebaut wurde, sollte gemeinsam mit den Jugendlichen nach alternativen Aufenthaltsorten gesucht. Hier sollte die Selbstorganisation der Jugendlichen gestärkt werden. Dazu bedarf es oftmals keiner aufwendigen Finanzierungen oder umfangreich sanierter Jugendzentren, auch mit einfachen Mitteln können durch das Engagement der Jugendlichen neue Treffpunkte gestaltet werden. An die Treffpunkte können dann weitere Angebote angebunden werden.

Lotsenprogramme und persönliche Unterstützung für „stille“ Jugendliche

Kinder und Jugendliche, die sich zurückziehen sind schwierig zu erreichen. Zugang zu diesen Kindern und Jugendlichen besteht allerdings über die Schule. Lehrer können oftmals die Schüler benennen, die wenig Freunde haben und sich insgesamt wenig in die Klassengemeinschaft einbringen.

Für diese Kinder und Jugendlichen sollte ein Lotsenprogramm („großer Bruder/ große Schwester“) aufgebaut werden, um frühzeitig den Kreislauf aus Isolation, Mutlosigkeit und Perspektivlosigkeit zu durchbrechen. Als potentielle Betreuer kommen ältere Schüler in Frage oder auch Erwachsene, die sich gerne pädagogisch engagieren möchten.

Positive Erfahrungen haben auch Projekte gemacht, die diese Art der persönlichen Betreuung für Schüler in der Abschlussklasse konzipiert haben. Es konnten engagierte Firmeninhaber von Kleinbetrieben gewonnen werden, die Lust hatten, ein bis zwei Jugendliche in ihrem zumeist handwerklichen Betrieb zu betreuen. Dabei standen immer freizeitbezogene Tätigkeiten im Mittelpunkt wie Fahrrad- und Mopedreparatur nach Feierabend oder Tischlerarbeiten für das eigene Zimmer usw. Die Motivation der Jugendlichen wie auch die Bereitschaft, sich mit Fragen der Berufswahl auseinanderzusetzen, stieg im Verlauf des Projektes deutlich an.

4.2.4 Förderung der Wohneigentumsbildung von Selbstnutzern im Bestand

Die Förderung der Wohneigentumsbildung von Selbstnutzern im Bestand ist ein wirksames Mittel, um dauerhaft die historische Bausubstanz in der Region zu erhalten und gleichzeitig eine Zersiedelung und Fragmentierung der Siedlungsstruktur zu vermeiden. Es ist jedoch sicherzustellen, dass die Wohneigentumsbildung im Bestand nur in den Stadt- und Dorfbereichen unterstützt werden, die dauerhaft erhalten bleiben.

Die Wohneigentumsbildung im Bestand steht immer in Konkurrenz zu Neubauvorhaben. Die Vorteile von Neubauvorhaben liegen auf der Hand: es existieren professionelle Bauträger von denen „schlüsselfertig“ ein Eigenheim erworben werden kann, Kostensteigerungen durch unvorhersehbare Schäden an der Bausubstanz sind nicht zu erwarten und auch die Finanzierungs- und Genehmigungsverfahren sind bei einem Neubau ungleich einfacher als bei einer Altbausanierung. Viele Bauherren schrecken daher vom Erwerb einer Bestandsimmobilie ab.

In der Region existiert bereits eine Initiative, die gezielt versucht, die Nachteile beim Erwerb und anschließender Sanierung einer gebrauchten Immobilie auszugleichen. Durch Beratung und Unterstützung versucht die Initiative „Umgebiedeland“ Wohneigentumsbilder für den Kauf eines historischen regionstypischen Umgebiedehauses zu gewinnen. Auch andere Städte und Gemeinden unterstützen die Wohneigentumsbildung im Bestand in der Region.

Die Anstrengungen sollten intensiviert und von den Kommunen weiter vorangetrieben werden. Diese Art der „Stadtbildpflege“ ist aufwändig und zeitintensiv. Trotzdem sollte versucht werden, besonders erhaltenswerte Objekte an Selbstnutzer zu veräußern.

4.3 Organisation des Kommunikations - und Veränderungsprozesses

4.3.1 Allgemeine Anforderungen an den Kommunikations - und Veränderungsprozess

Für die weitere Gestaltung des Zukunfts- und Kommunikationsprozesses in der Modellregion lassen sich folgende Gesichtspunkte zusammenfassen:

- weitere Untersuchung und Erprobung unterschiedlicher Aspekte des Themas demographischer Wandel als Zukunftsprozess
- intensive Sensibilisierung und Mobilisierung von Verwaltungen, Unternehmen und Bürgern auf kommunaler und regionaler Ebene mit den im Modellvorhaben entwickelten Kommunikationsformen
- Entwicklung eines Leitfadens „Strategien, Projekte und Praxistipps zur Bewältigung des demographischen Wandels“ als Arbeitshilfe für kommunale und regionale Entscheider und andere Arbeitsgremien [u.a. motivierende Aufbereitung von guten Praxisbeispielen (vgl. Abschnitt III. im Anhang)]

- Zusammenstellung einer Synopse mit allen wichtigen Entwicklungstrends, Strategiepapieren, Expertenempfehlungen, formalen und informellen Planungspapieren, politischen Grundsatzpapieren zum Thema Zukunftsstrategien und demographischer Wandel (z.B. Einrichtung und intensive Pflege einer Internetseite zum demographischen Wandel)
- Weiterführung und Vertiefung der Diskussion von unterschiedlichen teilräumigen Strategien mit Szenarien, Handlungsoptionen und aktivierenden Zukunftsbildern im demographischen Wandel
- Entwicklung von an Zukunftsprozessen und insbesondere am demographischen Wandel orientierten handlungs- und kommunikationsorientierten Leitbildern in weiteren Kommunen der Modellregion
- weitere schwerpunktmäßige Entwicklung von Strategien und Praxisbeispielen der für den demographischen Wandel erforderlichen Veränderungskultur für mehr Verwaltungs-, Unternehmer- und Bürgerengagement
- Weiterentwicklung des im Modellvorhaben entwickelten Instrumentariums zur Projektentwicklung im Zukunftsprozess demographischer Wandel (Projekttypen, Projektfamilien, Fokusgruppen) in ausgewählten Handlungsfeldern
- Weiterführung der Kommunikationsplattform für den Erfahrungs- und Ideentransfer in der Region auf der Arbeitsebene
- Ausbau der Medienpartnerschaft zum Thema demographischer Wandel in weiteren Kommunen der Modellregion
- dauerhafte Etablierung der Regionalforen zum Thema Zukunftsprozesse und demographischer Wandel als regionale Mobilisierungs- und Kommunikationsplattform

4.3.2 Veränderungen auf der Landesebene

Rahmenstrategie auf Landesebene notwendig

Auf ganz unterschiedlichen Ebenen und aus unterschiedlicher fachlicher Richtung wird aktuell in Sachsen und auch in Deutschland insgesamt diskutiert, wie mit den Auswirkungen des demographischen Wandels umgegangen werden soll. Durch die Expertenkommission zum demographischen Wandel und seinen Folgen im Freistaat Sachsen wurde im Oktober 2006 ein erster Handlungsleitfaden vorgelegt. Die Enquetekommission „Demographischer Wandel“ des Sächsischen Landtags wird bis Mitte 2008 ihre Ergebnisse vorlegen.

Die Bemühungen, eine verbindliche Rahmenstrategie zu erarbeiten, wie auf Landesebene mit einer stark rückläufigen und ausdünnenden Bevölkerung umgegangen werden soll, sollten fortgesetzt werden. Die Rahmenstrategie muss auf die Integration der für die Regionalentwicklung relevanten ressortspezifischen Ansätze aufbauen und die räumlich differenzierten Politiken der Fachressorts auf allen Ebenen steuern. Die notwendige fachliche Eigenständigkeit der Ressorts bleibt dabei erhalten; für die fachpolitischen Handlungsansätze innerhalb der Rahmenstrategie übernehmen jeweils die zuständigen Ressorts die Federführung bei der Vertiefung und Umsetzung der gemeinsam beschlossenen

Ziele. Die Erreichung der gesteckten Ziele kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn ein allgemeiner Orientierungsrahmen die Aktivitäten bündelt und kanalisiert.

Zusammenarbeit und Abstimmung der Maßnahmen

Der demographische Wandel wirkt auf ganz unterschiedliche Handlungsfelder und wird daher auch von den verschiedenen Fachressorts thematisiert. Es wird an verschiedenen Stellen nach neuen Lösungen und Möglichkeiten gesucht, die Folgen des demographischen Wandels zu bewältigen. Eine systematische Prüfung, welche Fachressorts mit welchen Themen und Projekten in Bezug auf den demographischen Wandel befasst sind, sollte obligatorisch eingeführt werden.

Um Überschneidungen und Parallelentwicklungen zu vermeiden, ist eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung von Initiativen und Maßnahmen unerlässlich. Durch den Bevölkerungsrückgang erreichen ganz unterschiedliche Infrastruktureinrichtungen ihre unteren Kapazitätsgrenzen, um noch wirtschaftlich betrieben werden zu können. Umstrukturierungen im bestehenden System erlauben kurzfristig eine Aufrechterhaltung der jeweiligen Einrichtung. Angesichts des weiter anhaltenden Bevölkerungsrückgangs wird jedoch schnell deutlich, dass Umstrukturierungen allein nicht mehr ausreichen. Nur durch die Entwicklung neuer kooperativer Formen der Daseinsvorsorge, kann flächendeckend die Infrastrukturausstattung sichergestellt werden. Es sind neue Produkte zu entwickeln, die die bisherigen Fachressortgrenzen überschreiten.

Neben der Erarbeitung neuer fachressortübergreifender Maßnahmen, wird durch die Kooperation das wechselseitige Lernen gefördert und praktikable Lösungen können zügig und unkompliziert auch in anderen Teilräumen oder Fachbereichen angewandt werden.

Zentraler „Ansprechpartner“ auf Landesebene notwendig

Die regionalen und lokalen Bemühungen, den demographischen Wandel mit konkreten Maßnahmen und Projekten zu bewältigen, bedürfen auf der Landesebene eines durchsetzungsstarken Partners, der sich für die jeweiligen Belange einsetzt und die Akteure vor Ort unterstützt. Hemmnisse und Restriktionen, die sich u.a. aus landesrechtlichen Vorgaben ergeben, kommen häufig erst auf der lokalen Ebene zum Tragen. Regelungen, die bei einer bestimmten Bevölkerungsanzahl oder Bevölkerungsdichte richtig und wichtig sind, verlieren teilweise in Regionen mit stark rückläufiger Bevölkerung ihre positive Steuerungsfunktion und können sich unter diesen neuen, veränderten Rahmenbedingungen sogar kontraproduktiv auswirken.

Oftmals sind es die lokalen Akteure vor Ort, die an die Grenzen der bestehenden Regelungen stoßen und Anpassungsbedarf sehen. Der Weg jedoch, bestehende landesrechtliche Regelungen zu verändern oder Ausnahmegenehmigungen zu erhalten, ist schwierig und häufig mit massiven Widerständen im etablierten Politik- und Verwaltungshandeln verbunden. Bevor auf der Landesebene mögliche Anpas-

sungsbedarfe kommuniziert werden, müssen verschiedene Instanzen auf kommunaler und regionaler Ebene beteiligt und auch überzeugt werden.

Es bedarf einer zentralen Stelle, die die notwendigen Änderungen frühzeitig erkennt („Antennenfunktion“) diese bündelt und an die zuständigen Fachressorts und nachgeordneten Behörden weiterleitet. So wird auch die Übertragung von guten Erfahrungen und innovativen Lösungen auf andere Regionen im Freistaat Sachsen sichergestellt. Eine „Projektbörse“ im Internet kann den Austausch über gute Projekte und Ansätze zusätzlich ergänzen.

4.3.3 Veränderungen auf der regionalen Ebene

Regionale Kooperation und Netzwerkbildung erforderlich

Die begonnenen Diskussionen sind auch auf der regionalen Ebene fortzusetzen und zu konkretisieren. Es zeigt sich in diversen Handlungsfeldern, dass die anstehenden Anpassungen nicht allein auf der kommunalen bzw. von der landesrechtlichen Ebene bewältigt werden können. Exemplarisch sind hier die Maßnahmen zur Veränderung des ÖPNV, der Abwasserversorgung, des Altenhilfesystems oder der Schulnetzplanung genannt. Es sind je nach Handlungsfeld regionale Zusammenschlüsse erforderlich, um ein abgestimmtes Vorgehen z.B. zwischen den Landkreisen möglich zu machen.

Sensibilisierung der Akteure und gezielter Informationsaustausch

Die regionale Ebene bietet sich zudem als Plattform an, sich über bestimmte Sachverhalte auszutauschen und ein gemeinsames regionales Problemverständnis zu entwickeln. Die gemeinsame Sensibilisierung der Akteure und aktive Auseinandersetzung mit den Konsequenzen des demographischen Wandels müssen als Daueraufgabe begriffen werden. Ein kontinuierlicher Austausch und die Klärung bestimmter Fragen, kann dauerhaft zur Sensibilisierung der regionalen und lokalen Akteure beitragen. Mögliche Instrumente sind z.B. jährliche Regionalkonferenzen, Projekttag sowie die Etablierung einer regionalen Arbeitsgruppe, die die Organisation des Austausches organisiert und steuert. In diesem Zusammenhang sollte auch der Regionale Planungsverband stärker tätig werden.

4.3.4 Veränderung auf der lokalen Ebene - Aktivierung und lokale Lenkungsgruppen

Flächendeckende Aktivierung und Beteiligung der Bewohner

Die aufgezeigten Ergebnisse machen jeweils deutlich, dass in verschiedenen Bereichen ein neuer Mangel bzw. eine neue Unterversorgung entstehen wird und dass die klassischen Lösungen zum Teil obsolet werden. Die neuen Lücken werden von den Bewohnern der dünn besiedelten Regionen bei gleichzeitig schrumpfender Bevölkerung sehr unterschiedlich und teilweise als sehr schmerzhaft emp-

funden. Während einige Bewohner eine fehlende wohnortnahe Versorgung beklagen, ist für andere eine unzureichende ÖPNV-Anbindung ein Aspekt, der ihre subjektive Lebensqualität einschränkt.

Welche Projekte und Maßnahmen genau in welcher Stadt, welchem Stadtteil oder welchem Dorf umgesetzt werden sollten, kann nicht „von oben“ entschieden werden. Die individuellen Präferenzen und somit auch erfahrenen Defizite in der Infrastrukturausstattung sind unterschiedlich. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen aus der Region wie auch aus anderen Regionen und dem Ausland, dass Projekte nur erfolgreich umgesetzt werden können, wenn es Menschen oder Gruppen gibt, die sich mit hohem persönlichen Einsatz für eine Sache engagieren.

Es ist nicht einfach, diese lokalen Potentiale zu entdecken und zu wecken. Das Land sollte deshalb für solche Initiativen sichtbare **Anreize schaffen**. Ein **regionaler Innovations- und Motivationswettbewerb** ist daher unseres Erachtens ein geeignetes Instrument, um die Projekte und Personen in der Region zu finden, die mit kreativen neuen Ideen den demographischen Wandel gestalten wollen.

Der Wettbewerb sollte weithin sichtbar ausgelobt und durch entsprechende politische Aufmerksamkeit und Beteiligung eine hohe Bekanntheit und Bedeutung erhalten. Ein solcher Wettbewerb sollte jährlich durchgeführt werden. Dabei sollten jeweils bestimmte Schwerpunkte oder bestimmte Typen von Lösungen angeregt werden. Es ist zudem sinnvoll, dass bestimmte Modelle und Konzepte im Wettbewerb beschrieben werden, um vergleichsweise gezielt Akteure für bestimmte Projektideen zu finden, die sich in anderen Regionen bewährt haben. Thematisch kommen aus gutachterlicher Sicht insbesondere die im Abschnitt 4.1 skizzierten Projektfelder und Projektideen in Frage.

Die Landesregierung sollte zusammen mit anderen öffentlichen und privaten Akteuren (Sparkassen, Banken, großen Unternehmen, Städten, Landkreisen) als Träger des Wettbewerbs agieren. Sie hätte dementsprechend die Teilnahmebedingungen und Bewertungskriterien festzulegen sowie die Zusammensetzung und die Regeln der Jury zu bestimmen. Es erscheint sinnvoll, einen geteilten Wettbewerb zu organisieren, bei dem Wettbewerbsbeiträge aus ländlichen Gemeinden, Kleinstädten und größeren Städten jeweils in verschiedenen Kategorien teilnehmen können. Durch diese Aufspaltung wird sichergestellt, dass die unterschiedlichen Lebenslagen und Interessensituationen adäquat berücksichtigt werden. Es ist zu prüfen, ob sich eventuell eine **Kombination mit bereits im Freistaat Sachsen laufenden Wettbewerben** (z.B. „Unser Dorf soll schöner werden“, „Ab in die Mitte“, „Mittelstandsfreundliche Kommune“) sinnvoll ist. Der Teilnehmerkreis sollte möglichst breit gefächert sein. Es sollte möglich sein, dass sich sowohl Kommunen, Vereine, private Gruppen als auch Einrichtungen am Wettbewerb beteiligen können.

Lenkungsgruppen als lokale Steuerungsinstrumente

Damit Projekte und Maßnahmen in den Gemeinden passgenau umgesetzt werden können, hat es sich bewährt, auf lokaler Ebene eine Lenkungsgruppe zu initiieren. Die Lenkungsgruppe steuert die Aktivitäten und bereitet inhaltlich und organisatorisch die Entscheidungen des Stadt- bzw. Gemeinderats vor.

Es ist wichtig, dass auch auf lokaler Ebene derartige Gremien „hochkarätig“ besetzt sind und dass die Entscheidungsträger darin vertreten sind, damit die Beschlüsse später auch umgesetzt werden können. Für die Koordinierung einer derartigen Lenkungsgruppe ist eine externe Projektsteuerung empfehlenswert, da sonst die Gefahr besteht, dass der Prozess aufgrund von Einzelinteressen in Stocken gerät. Bei komplexeren Vorhaben ist es außerdem sinnvoll, durch ein externes Büro oder mit Unterstützung von außen, ein Handlungskonzept für die Gemeinde zu erarbeiten, in dem die konkreten Projekte aufgeführt werden. Dieses Konzept ist dann vom Stadt- bzw. Gemeinderat zu beschließen.